

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/58964/1558289/neue-oz-der-staat-soll-zahlen> abgerufen werden.



Neue OZ: Der Staat soll zahlen

08.02.2010 - 22:00 Uhr, Neue Osnabrücker Zeitung

Osnabrück (ots) - Banken leihen sich Geld vom Staat, Deutschlands Wirtschaft schrumpft - und die IG Metall streitet nicht mehr: Die Wirtschaftskrise stellt die Welt auf den Kopf. Wie dramatisch die Auswirkungen sind, zeigt sich in den aktuellen Tarifverhandlungen der Metall- und Elektrobranche. Statt der üblichen Forderungen nach einem kräftigen Gehaltsplus übt sich IG-Metall-Chef Huber in diesem Jahr in leisen Tönen. Aus einem ganz einfachen Grund: Die Wirtschaftskrise könnte in wenigen Monaten auch zu einer IG-Metall-Krise werden. Mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze sind derzeit in der Branche gefährdet. Wer arbeitslos ist, will auch von der Gewerkschaft nichts mehr wissen. Der droht eine Austrittswelle und damit ein weiterer Bedeutungsverlust.

Es gibt noch einen anderen Grund: Die IG Metall sucht den Schulterchluss mit den Arbeitgebern, um gemeinsam in die Staatskasse greifen zu können: Huber weiß, dass von Betrieben mit leeren Auftragsbüchern nichts zu holen ist. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Lohnniveau kann deshalb derzeit nur der Staat leisten. Darin sind sich Arbeitgeber und Gewerkschaften offensichtlich schon einig. Wer laut genug bittelt, darf auf öffentliche Hilfe hoffen: Die Banken haben es im vergangenen Jahr vorgemacht.

@@infblk@@

Pressekontakt:
Neue Osnabrücker Zeitung
Redaktion

Telefon: 0541/310 207

Originaltext:

Neue Osnabrücker Zeitung

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/58964/neue-osnabruecker-zeitung>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_58964.rss2